

Timișoara - Erklärung von KOLPING EUROPA

zur Förderung und Weiterentwicklung des Europarats aus Anlass der Verleihung des Beobachterstatus an Kolping Europa als internationale nichtstaatliche Organisation (INGO) vor 50 Jahren (11.3.1974 - 11.3.2024) und der 75-Jahrfeier des Europarats (5.5.1949 - 5.5.2024)

Aus seiner geschichtlichen Entwicklung und seinem Programm heraus fühlt sich **Kolping Europa** in besonderer Weise der Europaidee und dem Europarat verbunden.

Kolping Europa erhielt am 11. März 1974 gemäß **Beschluss des Ministerkomitees (CM/74/65)**, als INGO den Beobachterstatus des Europarats. Somit ist **Kolping Europa** seit 50 Jahren als INGO durch diesen Status berechtigt, an der Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Regierungen, der Parlamente, der Gebietskörperschaften und der Zivilgesellschaft teilzunehmen.

In über 60 Europa - Erklärungen hat **Kolping Europa** sich zu Fragen der europäischen Einigung geäußert. Ausdruck dieser intensiven Europabemühungen waren die bis 2011 alljährlich durchgeführten einwöchigen **Europaseminare am Sitz des Europarats und des Europäischen Parlamentes in Strasbourg**. Vor Ort machten sich über 2.500 künftige Führungskräfte mit der Arbeit des Europarats und der EU vertraut, als Beitrag zur Stärkung des Europabewusstseins.

Auf Grund dieses langjährigen Einsatzes für Europa will **Kolping Europa** mit der folgenden Erklärung aus Anlass der **75-Jahrfeier des Europarats und der Verleihung des Beobachterstatus vor 50 Jahre** einen Beitrag zur Förderung und zur Weiterentwicklung des Europarats leisten.

Die Gefahren des Rückfalls in die Vergangenheit

Heute sind die Grundideen der europäischen Einigung in Gefahr. Konflikte und die Infragestellung gemeinsam erarbeiteter Werte und Grundsätze schaffen neue Trennungslinien:

- Der bevölkerungsstärkste europäische Staat Russland überfiel die Ukraine, einen souveränen Nachbarstaat, und erklärte das restliche Europa zum Feind, spaltete damit erneut den Kontinent.
- Andere eingefrorene Konflikte flammten wieder auf (Aserbaidshan, Armenien und Georgien) oder brachten die Gefahr künftiger militärischer Interventionen (Moldawien).
- Immer autoritärer werdender Regierungsstil in manchen Staaten bricht zunehmend die Regeln einer pluralistischen Demokratie und bedroht die Unabhängigkeit der Justiz.
- Durch die Massenmedien aufgebauschte Träume vom mächtigen Nationalstaat wecken die Dämonen der Vergangenheit.
- Die Praxis nationaler Geschichtsverherrlichung tritt zunehmend an die Stelle gemeinsamer Geschichtsbewältigung. Experten der Beobachterstelle (Observatoire) des Europarats für den Geschichtsunterricht in Europa warnen vor der Tendenz des Wiederanknüpfens nicht nur an bestehende Betrachtungsunterschiede, sondern auch an das Erbe nicht verheilter Wunden, alter Vorurteile und Revanchegeleüste.
- Die Geltung der für alle Mitgliedsstaaten des Europarats verbindlichen Europäische Menschenrechtskonvention und die Anerkennung der Urteile des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte werden in Frage gestellt. Vielerorts wird die Gewaltenteilung (Regierung, Parlament, Justiz) zur Verhütung von Machtmissbrauch der Regierung allmählich ausgehebelt.

Diese beunruhigende Entwicklung wurde in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedsstaaten des Europarats auf dem Gipfeltreffen im Mai 2023 in Reykjavik bestätigt. Der eherne Grundsatz „Recht vor Macht“ ist erneut in Gefahr.

Eintritt in eine neue Zeitenwende mit notwendigen Konsequenzen für die Träger des Projekts Europa

Das Projekt Europa, die Idee des Vereinten Europas, ist nicht nur von außen bedroht, sondern auch in seinem inneren Zusammenhalt gefährdet. Die 75-Jahrfeier des Europarats fällt in eine neue europäische Zeitenwende. Die gesamteuropäische Vision der europäischen Einigung sieht sich mit einer neuen Trennungslinie konfrontiert, provoziert durch den Krieg Russlands - mit Weißrussland als Verbündetem - gegen die Ukraine. Die kollektive Verurteilung dieser Aggression durch das restliche Europa steht außer Frage. Neben der Bedrohung von außen gibt es aber auch Krisen und Anfechtungen im Inneren Europas, die es zu bekämpfen und zu überwinden gilt.

Europarat und Europäische Union (EU) sind als tragende Pfeiler der europäischen Einigung direkt gefordert. Mit seinen 46 Mitgliedsstaaten bleibt der Europarat die geographisch umfassendste europäische Organisation. Die jüngsten Entwicklungen bedrohen seine Kernkompetenzen Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat. Sie erfordern auch die Stärkung des europäischen Bewusstseins und der gemeinsamen europäischen Identität. Diese Grundwerte und Grundsätze müssen gemeinsam vom Europarat und der EU verteidigt werden.

Um die äußere Bedrohung und die Gefährdung des inneren Zusammenhalts Europas zu bekämpfen, müssen der Europarat und die EU ihre politischen, rechtlichen und praktischen Möglichkeiten der Zusammenarbeit bündeln. Beide müssen noch viel enger zusammenwirken, um das gemeinsame Ziel eines geeinten Europas zu erreichen.

Der Weg aus der gegenwärtigen Krise könnte sich auf den 2006 verfassten Bericht von Jean-Claude Juncker, dem damaligen Luxemburger Regierungschef, berufen. Er hatte den bezeichnenden Titel „Europarat und Europäische Union – Ein gemeinsames Bestreben für den europäischen Kontinent“.

Dieser Bericht forderte Partnerschaft auf Augenhöhe von Europarat und EU, um Europa voranzubringen. 2006 wurde auch bereits der Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention angestrebt, ist aber bis heute noch nicht erfolgt. Das Gipfeltreffen des Europarats im Mai 2023 in Reykjavik unterstrich erneut die Bedeutung eines künftigen Beitritts der EU zur Menschenrechtskonvention.

Die 75-Jahrfeier des Europarats angesichts der neuerlichen Spaltung Europas

Die gegenwärtige Krisensituation in Europa erfordert gemeinsames Handeln. Die 75-Jahrfeier des Europarats könnte Anlass sein, durch eine noch viel engere Zusammenarbeit von Europarat und EU die anstehenden Herausforderungen zu meistern.

Russlands Krieg gegen die Ukraine bedroht den Frieden und die Einheit Europas. Europa ist von außen bedroht und innerlich teilweise zerrissen, weil gemeinsam erarbeitete Werte nicht mehr geachtet werden. Es gilt, kollektive Sicherheit zu garantieren und demokratische Stabilität zu stärken. Europarat und EU waren in den vergangenen Jahrzehnten Träger der Idee eines Vereinten Europas. Angesichts seiner Gefährdung durch die feindselige Haltung und die Machtansprüche Russlands sind beide Organisationen aufgerufen, sich ihrer gemeinsamen Verantwortung für den restlichen gesamteuropäischen Raum zu stellen.

Auf Grund seiner Kernbereiche Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat ist in erster Linie der Europarat dazu berufen, diese Werte zu sichern und durch enge Zusammenarbeit in Kultur, Erziehung und Jugendfürsorge das europäische Bewusstsein zu stärken.

Schon auf einem Wiener Gipfeltreffen 1993 hatten die Staats- und Regierungschefs den Beitrag des Europarats zur Garantie der demokratischen Stabilität betont und die Mitgliedsstaaten an ihre Verpflichtung erinnert, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat zu achten und das an Vielfalt reiche, gemeinsame kulturelle Erbe Europas zu pflegen und zu schützen.

Die Staats- und Regierungschefs stellten damals ergänzend fest, dass Europa Träger einer immensen Hoffnung sei, die um keinen Preis durch Gebietsansprüche, das Wiederaufleben aggressiver Nationalismen, das Fortbestehen von Einflussphären und durch Intoleranz oder totalitäre Ideologien zerstört werden dürfe.

30 Jahre danach ist die europäische Einigung aber wieder mit diesen Gefahren und Problemen konfrontiert. Die Reykjavik-Erklärung von 2023 der 46 Mitgliedsstaaten des Europarats verhehlt diese Gefährdung nicht und spricht von der gemeinsamen Verantwortung, sie zu bekämpfen. Die Erklärung bekräftigte das Bekenntnis zur Achtung der Europäischen Menschenrechtskonvention und die Verpflichtung zur Umsetzung der Urteile des Gerichtshofes für Menschenrechte.

Angesichts der Bedrohung der pluralistischen demokratischen Ordnung nahm das Gipfeltreffen einen umfangreichen Katalog demokratischer Grundsätze an: Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, Gewaltenteilung, unabhängige Justiz, Korruptionsbekämpfung sowie demokratische Einbeziehung der Zivilgesellschaft und junger Menschen.

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung der Erziehung der Jugend, um ihr die demokratischen Werte zu vermitteln und ihr die kulturelle Vielfalt der Gesellschaft dank des gemeinsamen kulturellen Erbes bewusst zu machen.

Es handelt sich hier um historische Kernbereiche des Europarats. Die Garantie demokratischer Stabilität sowie die Stärkung des Europabewusstseins und einer europäischen Identität erfordern verstärkte Bemühungen aller Mitgliedsstaaten sowie des Europarates und der EU.

Engere Zusammenarbeit und einheitliches Handeln von Europarat und EU würden europäische Gemeinsamkeiten stärken.

Die Empfehlungen des Juncker-Berichts von 2006 erscheinen aktueller und notwendiger denn je.

Eine noch wesentlich engere Zusammenarbeit von EU und Europarat würde auch Kompetenzen, Handlungsmöglichkeiten und Haushaltsmittel bündeln, eine gezielte Arbeitsteilung zur Stärkung der europäischen Gemeinsamkeiten fördern und Fortschritte bei der gesamteuropäischen Einigung ermöglichen.

Durch eine Ausweitung der schon bestehenden Zusammenarbeit von EU und Europarat würden die Kompetenzen (Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaat, Kultur, Erziehung, Jugend) des Europarats für den verblieben gesamteuropäischen Raum (ohne Russland und Weißrussland) noch besser genutzt. Die EU könnte sich voll auf ihre historische Mission konzentrieren nämlich durch fortschreitende innere Vertiefung des Binnenmarkts den Auftrag ihrer Gründungsväter zu erfüllen.

Die 75-Jahrfeier des Europarats ist für **Kolping Europa** nicht nur Anlass, seine großen Verdienste, um den Aufbau Europas zu würdigen, sondern auch in dieser Zeit einer erneuten Spaltung Europas die 46 Mitgliedsstaaten aufzufordern, durch wesentlich engere Zusammenarbeit von Europarat und EU die Einigung Europas zu fördern und gegen äußere Versuchungen und Anfechtungen zu wappnen.

**Beschlossen im Rahmen der Sitzung des Vorstandes von KOLPING EUROPA
am 16. März 2024 in Timișoara (RO).**

Für den Vorstand von Kolping Europa

Vasyl SAVKA
Vorsitzender

Istvan GÖDRI
Europapäsident

Erich REISCHMANN
Europasekretär

Anton SALESNY
Europabeauftragter

Kolping Europa

Im Jahre 1849 gründete der katholische Priester Adolph Kolping in Köln einen Verband für ledige Handwerkergehilfen mit dem Ziel, ihnen eine Hilfe bei der Bewältigung der Probleme zu geben, die sich aus der industriellen Revolution ergaben und die unter den Begriff „Soziale Frage“ zusammengefasst werden. Aus kleinsten Anfängen heraus hat sich Kolping International zu einem katholisch weltweiten Sozialverband in über 60 Staaten entwickelt mit heute ca. 9.600 örtlichen Gruppen und mehr als 400.000 Mitgliedern weltweit. Dieses Wachstum wurde erreicht, da das Kolpingwerk sich immer wieder den neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und Gegebenheiten auf vielfältigste Weise gestellt hat und dadurch stets an der Lösung der sozialen Frage, auf nationaler und internationaler Ebene, mitwirkt.

Kolping versteht sich als katholischer Sozialverband, der in besonderer Weise die Entfaltung der persönlichen Anlagen seiner Mitglieder unterstützt, den Mitgliedern und der Gesellschaft Lebenshilfen anbietet und durch die Aktivitäten seiner Mitglieder und Gruppierungen das Gemeinwohl im christlichen Sinne fördert. Die Arbeit von Kolping ist ausgerichtet auf den ganzen Menschen. Für alle Lebensbereiche soll er Hilfe und Anregung erfahren können, ebenso aber auch die Möglichkeit haben, sich mit all seinen Sorgen und Problemen aber auch Kenntnissen und Fähigkeiten einzubringen.

Das Wirken von Kolping richtet sich schwerpunktmäßig auf die Bereiche Arbeit und Beruf, Ehe und Familie, Gesellschaft und Staat, Kultur und Freizeit. Als demokratischer strukturierter Verband sieht sich Kolping mitverantwortlich für die Förderung der Demokratie und tritt für die besondere Würde des Menschen in jeder Lebensphase und für die unveräußerlichen und unverletzlichen Menschenrechte ein.

Kolping Europa ist ein Kontinentalverband von KOLPING INTERNATIONAL **Kolping ist in Europa in folgenden Staaten präsent:** Albanien, Deutschland, Italien, Kosovo, Kroatien, Litauen, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Polen, der Republik Moldau, Rumänien, Schweiz, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und der Ukraine. Als Teil eines demokratischen und generalsübergreifenden Mitgliederverbandes nimmt es die Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft an.

In besonderer Weise fühlt sich Kolping Europa in – aus seiner geschichtlichen Entwicklung und seinem Programm heraus – der Europaidee verpflichtet und arbeitet intensiv mit dem Europarat und der Europäischen Union bzw. dem Europäischen Parlament zusammen, wobei es seit 11.3.1974 als INGO (Nichtregierungsorganisation) den „**Partizipativstatus beim Europarat**“ (Council of Europe / Conseil de l'Europe) <https://www.coe.int/de/web/portal>) in Strasbourg innehat. In über 50 Europaerklärungen hat sich das Kolpingwerk in den europäischen Diskurs eingebracht.

Ein besonderer Ausdruck dieser intensiven Europabemühungen waren die von 1979 bis 2011 alljährlich durchgeführten einwöchigen **Europaseminare am Sitz des Europarates** und des **Europäischen Parlaments** in Strasbourg, welche an über 2.500 Führungskräfte die Europaidee vor Ort vermittelte.

Weitere Informationen:

Kolping Europa <https://kolping-europa.eu/>

Europasekretariat von Kolping Europa:

c/o Europasekretär Erich Reischmann, SLO - 9223 Dobrovnik Dobronak, Strehovci 80
E-Mail: erich.reischmann@kolping-ibk.eu Tel.: 0041 / 79 669 72 41 (Schweiz)

Europabeauftragter von Kolping Europa:

Reg. Rat. Anton Salesny, A - 2000 Stockerau bei Wien, Schaumannngasse 70/4/8
E-Mail: Anton.Salesny@gmx.net Tel.: 0043 / 2266 / 65916 (Österreich)